



Zitat des Tages

„Ich war ein absoluter Vollblut-Politiker.“

Der frühere Kißleggler Bürgermeister Alfred Endres feiert heute 75. Geburtstag. • SEITE 19

Unfall nur durch Glück verhindert

WANGEN (sz) - Die Polizei ermittelt gegen einen unbekanntes Fahrer eines Opel Corsa, der am Dienstag gegen 22.45 Uhr auf der Ravensburger Straße durch seine rasante Fahrweise zwei Verkehrsteilnehmer gefährdete.

Der Mann fuhr auf der Straße Am Waltersbühl in Richtung Siemensstraße und bog an der Kreuzung zu schnell nach rechts ab, so die Beamten. Hierbei geriet er auf die Gegenspur, konnte aber zum Glück zwischen zwei Autos hindurchfahren, ohne dass es zu einer Kollision kam.

Von dem Mann liegt folgende Beschreibung vor: Alter zwischen 30 und 35 Jahre, dunkle kurze Haare und südländisches Aussehen.

Zeugen werden gebeten, sich mit dem Polizeirevier in Wangen unter Telefon 0 75 22 / 984-33 33 in Verbindung zu setzen. Insbesondere soll sich der zweite der beiden Geschädigten melden, der sich auf der stadteinwärts führenden Linksabbiegespur befand.

ANZEIGE

Ich wähle GRÜN – für Kretschmann!
Ute Wieland, Erzieherin

Geplanter Bahnhof weckt Befürchtungen

KISSLEGG (ume) - Die Pläne für einen neuen Bahnhof bei Merklingen (Alb-Donau-Kreis) sorgt bei den Bürgermeistern im Württembergischen Allgäu und in Oberschwaben für Unruhe. „Wir haben die Sorge, dass Anschlüsse wegfallen“, sagt Dieter Krattenmacher, Bürgermeister von Kißlegg. Als Sprecher der Initiative „Württembergische Allgäubahn“ vertritt er die Interessen der Kommunen entlang der Trassen Aulendorf-Kißlegg, Kißlegg-Memmingen und Kißlegg-Lindau. Schon minimale Verschiebungen im Bahnverkehr könnten schwerwiegende Auswirkungen auf den Fahrplan haben. „Da werden im schlimmsten Fall 100 000 Leute abgehängt“, so Krattenmacher. Der baden-württembergische Verkehrsminister Winfried Hermann teilt diese Sorge nicht.

Einen ausführlichen Bericht zum Thema lesen Sie heute auf • SEITE 2

Grüß Gott!

Wann ist nochmal Weltmännertag?

Den Weltfrauentag am Dienstag habe ich in keiner all zu guten Erinnerung. Es war am Abend, genauer bei der SZ-Podiumsdiskussion im Amtzeller Schloss, als zwei Damen mit Körben durch die Reihen gingen und aus gegebenem Anlass Süßigkeiten an die weiblichen Anwesenden verteilten. Ich als Vertreter des anderen Geschlechts, der überdies zuvor wenig gegessen hatte, schaute erst in die Röhre und kam dann zu dem Schluss: Manchmal sind Frauen einfach gleichberechtigter. Wann ist nochmal Weltmännertag? (bee)



Raimund Haser, Petra Krebs, Christian Röhl, Ralf Sauer und Friedrich-Thorsten Müller (von links) stellten ihre Argumente für die Landtagswahl vor.



FOTOS: MELANIE KRAEUTER

Vier Themen für fünf Kandidaten

Bildung, Verkehr, Wohnraum und Flüchtlinge im Mittelpunkt beim SZ-Podium zur Landtagswahl

Von Susi Weber

AMTZELL/WANGEN - Mit Bildung, Verkehr, Wohnraum und Flüchtlingen standen vier Themenblöcke im Mittelpunkt der SZ-Podiumsdiskussion zur Landtagswahl am Dienstagabend im Alten Schloss Amtzell. Raimund Haser (CDU), Petra Krebs (Bündnis 90/Die Grünen), Christian Röhl (SPD), Ralf Sauer (FDP) und Friedrich-Thorsten Müller (AfD) stellten sich zudem Leserfragen. Michael Konieczny (Linke) musste krankheitsbedingt absagen.

Zuvor hatten die Kandidaten die Möglichkeit, sich und ihre Ziele vorzustellen. Mit „gute Infrastruktur, gute Bildung und gute Arbeit“ brachte Röhl seine Vorstellungen auf den Punkt. „Ich finde, dass wir einiges korrigieren müssen“, sagte Haser. „Die guten Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu erhalten und auszubauen“ und Bildung für den „kostbarsten Rohstoff junge Menschen obendrauf“ nannte Sauer als Forderungen. Petra Krebs plädierte für Gleichberechtigung und Teilhabe. Müller erläuterte, dass er der AfD aufgrund seiner „großen Sorge um die Entwicklung des Euros“ beigetreten sei.

In der von den SZ-Redakteuren Jan Peter Steppat und Bernd Treffler moderierten Diskussion gab es abseits der vier Themenbereiche generelle verbale Auseinandersetzungen zwischen Christian Röhl und Raimund Haser einerseits und Friedrich-Thorsten Müller andererseits. Haser wies den AfD-Kandidaten durch die Aussagen des brandenburgischen AfD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland zu Grenzsicherungen und dem „Aushalten müssen“ grausamer Bilder in die Schranken. Röhl bezeichnete die AfD als extremistische Partei, deren Rattenfängern man nicht auf den Leim gehen dürfe. Müller schlug verbal zurück: „Wenn Sie wüssten, wie viele Leute gedanklich und praktisch bei uns angekommen sind.“

Bildung

Petra Krebs bekannte: „Die Gemeinschaftsschule ist meine Lieblingsschule.“ Es müsse möglich sein, dass Kinder miteinander lernen, auch wenn nicht alle gleich begabt seien. Allerdings ergänzte sie: „Es ist so, dass die Realschulen schon von der Vorgängerregierung ausgetrocknet wurden. Wir sind dabei, die Realschulen zu unterstützen.“ In keinem anderen Land hänge Bildung generell so sehr vom Geldbeutel ab. Raimund Haser versprach einen Bestandsschutz für Gemeinschaftsschulen: „Man macht nichts gut in der Bildungspolitik, wenn man Reformen zurücknimmt.“ Gleichwohl will er am mehrgliedrigen Schulsystem festhalten: „Es ist so, dass wir grundsätzlich an der differenzierten Beschulung festhalten wollen.“ Und grundsätzlich ergänzte er: „Lebensgerechtigkeit ist mir wichtiger als Bildungsgerechtigkeit.“

Ralf Sauer: „Wir sind nicht grundsätzlich gegen Gemeinschaftsschulen. Sie machen teilweise Sinn in bevölkerungsärmeren Regionen, damit Standorte erhalten bleiben können.“

Allerdings kritisierte er die Landesregierung: Bis 2011 habe das Schulsystem „super funktioniert“, jetzt sei das Land „ins Mittelmaß abgerutscht“. Künftig sollen laut Sauer Schulen, Eltern und Trägern generell mehr Rechte eingeräumt werden: „Sie sollen vor Ort entscheiden, welche Schulform richtig ist.“

Friedrich-Thorsten Müller erklärte auf die Frage zum AfD-Wahlprogramm, das unter anderem mehr Lehrerautorität und Unterrichtsdisziplin vorsieht: „Es täte unserem Land gut, wenn bestimmte Tugenden wieder stärker würden.“ Gemeinsames Lernen sah er kritisch: „Wenn man homogene Lerngruppen hat, wird man den Theoretikern und Praktikern mehr gerecht. Es ist so, dass wir beide brauchen.“

Christian Röhl verteidigte den Wegfall der Studiengebühren und die Forderung nach kostenfreien Kita-Plätzen: „Mir ist es wichtig, dass von der Wiege bis zum Studium Bildung kostenfrei ist.“ Zudem sei der Wegfall der Grundschulempfehlung richtig gewesen: „Es gab bei den Schulen keine großen Verschiebungen.“ Einer „sozialen Selektion“ habe man abgeschworen.

Verkehr/A 96

Christian Röhl formulierte ein „klares Statement für den Modellversuch“ eines Tempolimits von 120 auf der A 96: „Lange vor dem Wahlkampf“ habe der SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster Bürgerinitiativen gehört, Kontakt zu Bürgermeistern gehalten, Zuständigkeiten abgeklöpft: „Es war der Wunsch da für Veränderung.“ Man sollte es probieren, auch weil es den letzten Modellversuch in den 80er-Jahren im Saarland gegeben habe.

Friedrich-Thorsten Müller grenzte sich bei diesem Thema von der Haltung der Landes-AfD zu Geschwindigkeitsbegrenzungen jeglicher Art ab: „Ich bin durchaus ein Freund von Tempolimits und würde den Modellversuch unterstützen.“ An der A 96 gehe es nicht nur um Lärm und Sicherheit, sondern auch um geringeren Spritverbrauch.

Ralf Sauer verwarf den Sicherheitsaspekt auf der A 96. Da gebe es „keinen Handlungsbedarf“. Die Trasse sei nicht unfallträchtiger als andere zweispurige Autobahnen. Hauptversacher des Lärms dort sei vielmehr der LKW-Verkehr. Bauliche Maßnahmen seien angebracht. Er schlug deshalb Flüsterasphalt vor.

Petra Krebs sympathisierte mit grundsätzlichen Tempobeschränkungen: „In keinem Land außer Deutschland sind unbeschränkte Fahrgeschwindigkeiten erlaubt. Ich glaube, wir hätten einen besseren Verkehrsfluss mit 130. Aber das ist meine persönliche Meinung.“ Zu Sauer Argument für Lärmschutzbauten erklärte sie, ein Modellversuch sei finanziell günstiger.

Raimund Haser: „Ein positives Problem ist: Es passiert auf der A 96 so wenig wie fast nirgends sonst.“ Er sprach sich dennoch für mehrere Maßnahmen aus: Schallschutzmaßnahmen auf der Argenbrücke, reduzierte Rollgeräusche und Tempo 100 von Herfatz bis Waltershofen. „Das sind andere Argumente als mal probieren“, so Haser. Zu Krebs ergänzte er: „Das Reinheitsgebot beim Bier gibt es auch nur in Deutschland. Und trotzdem schaffen wir es nicht ab.“

Verkehr allgemein

Friedrich-Thorsten Müller musste auf die Frage der Umsetzung der AfD-Forderung nach einer nur dreijährigen Planungsphase bei Verkehrsprojekten passen: „Ich bin nicht genug Verwaltungsmensch, um zu sagen, wie man die schnellere Realisierung beschleunigen kann.“ Allgemein ergänzte er: „Wir wollen Verfahrenswege beschleunigen.“

Ralf Sauer sagte zur FDP-Forderung nach mehr Geld für den Straßenunterhalt und -ausbau: „Grün-Rot hat in den Unterhalt investiert, nicht in den Ausbau. Bei der B 30 in Bad Waldsee ist absolut nichts passiert. Die Ortsumfahrungen Kißlegg und Leutkirch sind andere Projekte, die betrachtet werden müssen.“ Wie es geht, habe Paul Locherer in Amtzell gezeigt.

Für Familienwahlrecht und geringeres Wahlalter

Familienwahlrecht, die Privatisierung von Krankenhäusern, „Zwangsspenden in Notsituationen“ durch Unternehmen und die Verschwendung von Wegwerfartikeln standen bei zuvor eingeschickten, ausgewählten Leserfragen am Ende des zweieinhalbstündigen Abends im Blick. Ergebnis: Fürs Familienwahlrecht

Christian Röhl erklärte zur SPD-Ziel von Verkehrsneubauten: „Es gibt Verkehrsprojekte, die man angehen muss. Die B 30, die Ortsumfahrungen, die Elektrifizierung, die Bahnübergänge. Wir haben einen Sanierungsstau der Vorgängerregierung.“ Derlei Projekte sollen Vorfahrt haben: „Nur weil irgendwo ein Laubfrosch rum hüpfet, darf uns das nicht aufhalten.“

Raimund Haser konterte Röhl: „Wie viele Straßen-Bundesbaumaßnahmen liegen bei Grün-Rot noch in den Schubladen? Kein einziges!“ Zur bevorstehenden Bekanntgabe der Projekte des neuen Bundesverkehrswegeplans erklärte er, der Bund beurteile auch die wirtschaftliche Bedeutung: „Das ist ein Kriterium, das Grün-Rot nicht berücksichtigt.“ Und er glaubte: Unter einer anderen Landesregierung wäre die Ortsumfahrung in Kißlegg „schon gebaut“.

Petra Krebs widersprach: „Fakt ist, dass uns die Vorgängerregierung ein verlottertes Straßennetz hinterlassen hat.“ Generell bekannte sie sich zu einer „Mobilitätsgarantie“, inklusive des öffentlichen Nahverkehrs. Bis 2025 soll deshalb jede Gemeinde von 5 bis 21 Uhr mindestens einmal stündlich angefahren werden können. Finanziert werden sollen die Pläne über Fördermittel: „Und das Land muss in Vorleistung gehen.“

Wohnraum

Ralf Sauer hält bei der Linderung des Wohnraummangels die Mietpreislösung für „kontraproduktiv“. Denn Investoren müssten auch eine Rendite erwirtschaften können, damit die Gebäude erhalten bleiben.“ Generell müssten zwar Unterkünfte geschaffen werden, aber private Investoren sollten Priorität haben.

Friedrich-Thorsten Müller sprach sich für die Abschaffung der Energieeinsparverordnung aus. Sie

hindere das Bauen, weil entstehende Kosten „durch Einsparungen nicht mehr erwirtschaftet werden können“. Zum Flächenverbrauch erklärte er: „Bevor man neue Fläche versiegelt, sollte man es vorziehen, dass sich in der bestehenden Fläche etwas tut.“

Raimund Haser sieht den Weg heraus aus dem Wohnraummangel in der Schaffung von Eigentum. Dies garantiere mietfreies Leben im Alter. Dagegen seien große Wohnungen für Mehrfamilienhäuser „unattraktiv aus Vermietersicht und erfahren keine steuerliche Förderung“.

Petra Krebs will einen anderen Weg verfolgen: „Ob jeder Allgäuer ein Einfamilienhaus braucht? Wir sollten mehr den Geschosswohnbau anstreben“, erklärte sie. In der hiesigen Region sei man diesbezüglich vielleicht etwas „verwöhnt“.

Christian Röhl will die Gründung einer Kreiswohnbau genossenschaft im Landkreis unterstützen. Zudem müssten „viele alte Bebauungspläne dringend bearbeitet werden, damit mehrgeschossige Bebauung möglich ist“. Außerdem sprach er sich für eine Lockerung von Vorschriften aus.

Flüchtlinge

Raimund Haser erklärte zur Aufnahme von Menschen: „Wir haben sehr viel Kapazität aufgebraucht.“ Der Erfolg der Integrationsbemühungen bei Türken, Portugiesen, Italienern und anderen habe gezeigt, dass „wir die Kraft haben und sie nicht kleiner reden dürfen als sie ist“ – auch wenn es Geld koste.

Petra Krebs nahm die Arbeitgeber „mit in die Pflicht“ bei der Integration. Aufgabe der Kommunen und Kreise sei es, „die Menschen ausbildungsfähig zu machen“. Da komme es vor allem auf die Sprachvermittlung an. Bei der Ausstattung der Neuankommlinge wandle sie sich gegen Sachleistungen. Sie seien aufwändig, „und außerdem nicht gerade menschlich“.

Christian Röhl sagte: „Es geht darum, dass die Leute eine Perspektive haben, integriert werden müssen. Das Zuwanderungsgesetz muss angegangen werden.“ Der Staat müsse sich gegen Neiddebatten stemmen. Dies sei auch mit Geld verbunden: „Es kann sein, dass wir die schwarze Null im Bund reißen müssen.“

Ralf Sauer sprach sich für ein Einwanderungsgesetz aus. „Allein die demographische Entwicklung zwingt uns dazu.“ Integration funktioniere am Schnellsten über den Arbeitsplatz: „Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die da vor uns liegt.“

Friedrich-Thorsten Müller sagte: „Aus dem Grundkonsens zum Schutz politisch Verfolgter werden wir nicht ausscheren.“ Ob dies in Deutschland sein muss, bezweifelte er: „Könnten wir an anderer Stelle nicht mehr helfen?“ Wenn man die Türkei unterstütze, „können wir weit mehr helfen“.

Ein ausführliches Video und eine Bildergalerie zum SZ-Podium sehen Sie unter: schwaebische.de/wangen



Mehr als 100 Interessierte kamen ins Alte Schloss nach Amtzell.

FOTO: MELANIE KRAEUTER